

Herr Fabian Schmid
Fachreferent Europapolitik
Direktionsbereich Politik & Medien
+41 31 370 75 09
fabian.schmid@fluechtlingshilfe.ch

vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Bern, 31. Oktober 2025

Vernehmlassung Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU»: Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen dieser Vernehmlassung. Sie fokussiert sich in der vorliegenden Vernehmlassungsantwort auf die für sie relevantesten Themen.

Die SFH steht zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs sowie zur Schengen/Dublin-Assoziierung der Schweiz. Auch im Asyl- und Migrationsbereich braucht es zwingend eine europäische Zusammenarbeit sowie europäische Standards und europäische Lösungen. Gleichzeitig kritisiert die SFH die auf Abschreckung und Abschottung fokussierte Flüchtlingspolitik Europas. Die SFH setzt sich seit langem für eine solidarische und an den Grundrechten orientierte europäische Asyl- und Migrationspolitik ein, welche von der Schweiz aktiv mitgestaltet wird. Dieselben Grundsätze sollen deshalb aus ihrer Sicht auch bei der Umsetzung der Asyl-Komponente des vorliegenden Pakets «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» im Vordergrund stehen.

Die Verstetigung des «Schweizer Beitrags» ist ein wichtiges Element des Stabilisierungs-Teils der Vorlage. Die EU fordert einen solchen Beitrag grundsätzlich von allen Nicht-EU-Staaten ein, die am Binnenmarkt teilnehmen. Teil der Vorlage sind daher auch die beiden Verpflichtungskredite «Kohäsion» und «Migration». Aus Sicht der SFH ist entscheidend, dass die Gelder aus dem Verpflichtungskredit «Migration» für klar definierte Zwecke gesprochen werden: zur Verbesserung nationaler Aufnahmesysteme, für Verbesserungen beim Zugang zu Rechtsschutz sowie für Integrationsmassnahmen in den Partnerstaaten. Finanzielle Beiträge für die Grenzsicherung oder gar migrationsverhindernde Projekte lehnt die SFH ab, denn diese stehen in klarem Widerspruch zum Flüchtlingsschutz und den humanitären Verpflichtungen der Schweiz.

Entscheidend ist indes nicht nur der Zweck der Schweizer Massnahmen, sondern auch deren konkrete Umsetzung. Im Rahmen des Projekts *Safe Areas for Unaccompanied Migrant Children* finanzierte die Schweiz beispielsweise die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in Zentren in Griechenland. Dabei kam es zu Gewaltvorfällen, Grundrechtsverstössen sowie infrastrukturellen und organisatorischen Missständen (siehe

Berichterstattung der «Republik» vom [28. März 2025](#) und [19. Juni 2025](#)). Es braucht künftig ein besseres Monitoring solcher Projekte durch die Schweiz. Diese muss sicherstellen, dass die Grundrechte von Migrant*innen und Asylsuchenden in von ihr unterstützen Projekten vollumfänglich gewahrt werden.

In der Herbstsession 2025 hat das Parlament einen Konnex zwischen dem «Schweizer Beitrag» und dem EU-Pakt zu Migration und Asyl hergestellt, der ursprünglich nicht vorgesehenen war. Demnach kann der Bundesrat zur Umsetzung der Schweizer Teilnahme am Solidaritätsmechanismus des EU-Paktes Mittel aus dem «Schweizer Beitrag» einsetzen. Die SFH kritisiert diese Verknüpfung. Sie weist mit Nachdruck darauf hin, dass es sich im entsprechenden [Bundesbeschluss](#) in Art. 2 um eine «Kann»-Formulierung handelt, welche den Bundesrat nicht verpflichtet. Aus Sicht der SFH sprechen denn auch übergeordnete Überlegungen klar gegen eine solche Verknüpfung: Der Solidaritätsbeitrag der Schweiz soll ein Zeichen der Unterstützung und Aufgabenteilung im europäischen Asylwesen sein und gleichzeitig den Effort der Schweiz unterstreichen, den massiven Verschärfungen des EU-Paktes ein humanitäres Gegengewicht zu geben.

Für Fragen steht Ihnen Herr Fabian Schmid, Fachreferent Europapolitik und stv. Leiter des Direktionsbereichs Politik & Medien, gerne zur Verfügung (Tel. 031 370 75 09).

Freundliche Grüsse



Miriam Behrens
Direktorin



Fabian Schmid
Fachreferent Europapolitik